

In der Arbeiterenschaft fördert. Allerdings läßt sich eine von Disziplin und Rührerfüllung durchdrungene Arbeiterenschaft die ihr zutreffenden Rechte nicht schmälern, verlangt als Menschen gewertet und behandelt zu werden und nicht wie ein rechtloses Arbeitstier. Ein anderer Umstand, über den die Frauen berechtigte Klagen führen, ist der Mangel an geeigneter Aufkloßung. Die Verhüttung eines Straßeneimers erfordert in allererster Linie gutes Schuhwerk. Bei den teuren Lederpreisen ist gutes und dauerhaftes Schuhwerk schwer zu haben. Nun ist aber auch der Lohn nur so bemessen, daß er gerade zur Verrichtung des Lebensmittelpedaris ausreicht. Unter solchen Umständen ist an die Anschaffung von geeignetem Schuhwerk nicht zu denken. Hier sollte der Magistrat das Schuhwerk liefern schon mit Rücksicht auf die Erhaltung der Gesundheit der Arbeiterinnen. Es wurde berichtet, daß auf dem Depot der Straßeneimergang Schuhwerk lagere. Ist es so, dann heraus damit! Wertwirdig ist auch die Art der Gewährung von Feuerungszulagen. Erkrankt eine Arbeiterin im Laufe des Monats, so erhält sie gleich für den ganzen Monat keine Feuerungszulage, ganz gleich wie lange die Krankheit dauert, einige Tage oder länger. Auch wird die Feuerungszulage vorenthalten, wenn eine Arbeiterin im ganzen Monat einige Tage fehlt. So kommt es vor, daß Arbeiterinnen, wenn sie am 5. des Monats in Arbeit treten, für den laufenden Monat keine Feuerungszulage erhalten; fehlen sie im folgenden Monat einige Tage, dann erhalten sie für den Monat auch nichts, und wenn sie dann das Unglück haben, im dritten Monat ihrer Beschäftigung einige Tage zu erkranken, erhalten sie auch für diesen Monat keine Feuerungszulage. Das ist eine sehr furchtbare Art von Gewährung der Feuerungszulagen. Es kann doch wohl nicht angenommen werden, daß im Charlottenburger Magistrat bei der Abfassung der Bestimmungen über die Feuerungszulagen die Absicht bestand, durch allerlei Manteln die Arbeiter und Arbeiterinnen auf solche Weise um die Feuerungszulagen zu bringen. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um die berechtigten Beschwerden über die Art der Gewährung der Feuerungszulagen wie der anderen Mißstände zu beheben.

Chemnitz. In einer Mitgliederversammlung, die am 4. März im Restaurant "Dönnung" tagte, referierte stollge Reichler-Tresden über: "Zukunftstragen der Gewerkschaftsbewegung". In seinen Ausführungen wies der Referent nach, in welchem Maß sich die Unternehmerorganisationen während des Krieges gewachsen sind. Dies sollte auch den städtischen Arbeitern zu bedenken geben. Die Arbeiterorganisationen haben während des Krieges auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit volle Anerkennung gefunden. Die Arbeiter müssen nun durch starken Zutrud ihre Organisation sichern, damit sie auch nach dem Abzuge ihre volle Trudfähigkeit ausüben. Unter "Verbandsangehörigen" wurde einstimmig beschlossen, dem Mittelbauern, welcher zurzeit im Felde steht, 60 Proz. des Gehalts zu gewähren. Ein Unterstützungsamt wurde abgelehnt. Mit einem kräftigen Appell wurde die Versammlung geschlossen.

Wien. In unserer Mitgliederversammlung vom 12. März, welche gut besucht war, referierte Gadeleiter Uhde - Frankfort am Main über: "Die Einwirkung des Krieges auf die Lebenshaltung der Arbeiter". Er bewies, daß der Lohn absolut mit der Teuerung nicht Schritt hält, daß die Lebensmittel der ärmeren Bevölkerung mehr um das Dreifache angehoben sind und der Lohn während der Kriegszeit nur um unsere kleine Feuerungszulage erhöht wurde, was für Mann und Frau zusammen 4 Mk., für jedes Kind 1 Mk., bis höchstens 9 Mk. monatlich beträgt. Daran kann man erkennen, was die ökonomische Stadtverwaltung für ihre Arbeiter übrig hat. Die Arbeit sollen und müssen sie leisten, und zwar mitunter recht schwere, trotz der geringen Löhne. Unter "Beschwerden" gab der Schriftführer bekannt, daß Anfang Dezember 1915 eine Eingabe gemacht wurde an die Bürgermeisterei mit der Bitte, die Feuerungszulage zu erhöhen (mit den Tacken für Mann und Frau von 4 auf 7 Mk. und für jedes Kind von 1 Mk. auf 1,75 Mk.). Leider ist bis jetzt noch keine Erhöhung der Feuerungszulage erfolgt, auch noch nicht einmal eine Antwort darauf gegeben. Es wurde dann beschlossen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

Offen. Die Verhältnisse der hiesigen städtischen Arbeiter können als die besten nicht bezeichnet werden. Es sind noch Löhne von 3,50 Mk. pro Tag und darunter vorhanden. Das mit einem derartigen Lohn keine nicht auszukommen ist, haben auch die städtischen Arbeiter erdlich ergriffen. Wenn früher immer vergebens zu den Versammlungen eingeladen wurde, so wurde jetzt die Verwaltung von allen Seiten aufgefordert, die Kollegen zusammenzurufen, um Stellung zu den Lohnverhältnissen zu nehmen. In mehreren allgemeinen und verschiedenen Betriebsversammlungen wurde dem Wunsche der Kollegen Rechnung getragen. Die Versammlungen hatten durchweg einen guten Besuch aufzuweisen. Beschlossen wurde in den Versammlungen, eine allgemeine Lohnverbesserung von 50 Pfennig pro Tag und Arbeiter von der Stadtverwaltung zu fordern. Diesem Wunsche wurde untererorts Rechnung getragen und ein dementsprechender Antrag unter dem 11. Februar der Stadtverwaltung unterbreitet. Nachdem sich die sozialistische Deputation mit unserem Antrage befaßt hatte, wurde dem Arbeiterausschuß am 9. März das Resultat bekanntgegeben. Zu einer allgemeinen Lohnverbesserung hat

man sich nicht bereit erklärt, wohl aber ist die Mißgunstzulage geändert worden. Dasselbe soll hierauf so aussehen:

	Fisher	Zeit	
Ledige	nichts	10, -	M. pro Monat
Verheiratete ohn. Kind . . .	nichts	16, -	" " "
Verheiratete mit 1 Kind . . .	10, -	20, -	" " "
" " 2 Kind	12, -	24, -	" " "
" " 3 "	15, -	30, -	" " "
" " 4 "	18, -	36, -	" " "
" " 5 "	21, -	42, -	" " "

Wenn auch anerkannt werden soll, daß diese Zuschüsse zum Teil weiter gehen als unser Antrag, so müssen wir jedoch auch hier wieder der Meinung Ausdruck geben, daß dem Arbeiter mit der Erhöhung des Grundlohnes mehr gebiert ist. Diese Mißgunstzulage wird bei Beendigung des Krieges wieder vermindert, wogegen der Lohn keinen Blickt. Das aber eine Erhöhung des Lohnes notwendig ist, wird wohl von keiner Seite bestritten werden können. Indirekt ist ja auch eine Abmilderung der Lohnverhältnisse eingeleitet worden. — Gleichzeitig hatten auch die Laternenwärter und -anzünder eine Eingabe durch unsere Organisation eingereicht. Diese Eingabe wollte die Löhne der Laternenwärter im Winter und Sommer gleich gestalten. Leider ist diese Eingabe gefallen. Die Laternenwärter und -anzünder sollen nur drei Viertel der Feuerungszulage erhalten. Nachdem noch vor unserer Seite darauf verwiesen wurde, daß dies eine Ungerechtfertigkeit bedeuten würde, wurde auch hier eine nochmalige Prüfung zugelaßt. Leider wird ja die Arbeit der Laternenanzünder und -wärter als eine Teilbeschäftigung angesehen. Wenn aber 9 bis 11 Stunden an den Laternen gearbeitet werden muß, so kann hier nicht mehr auf eine Nebenbeschäftigung geredet werden. Die Kollegen sind leider geneigt, um leben zu können, nach der geübten Arbeit sich noch weiter nach einem Verdienst umzusehen. Nach dem uns übermittelten Material, welches durch eine Mißgunstfrage in anderen Ämtern uns überliefert wurde, sieht Offen so ziemlich an letzter Stelle mit der Forderung dieser Arbeiter. Es ist daher eine dringende Notwendigkeit, auch hier nach dem Antrage für eine Verbesserung der Löhne zu sorgen. Hoffentlich wird zu Arbeitern nicht die Dreiwertel, sondern die ganze Mißgunstzulage gewährt. — Der Besuch der Versammlungen zeigte, daß die Arbeiter ihre einzige Hoffnung in die Organisation legen. Würde doch gerade von den Laternenwärtinnen betont, daß sie schon des öfteren Eingaben ihren nächsten Vorgesetzten unterbreitet hätten, jedoch immer ohne Erfolg. Wenn nun so die Arbeiter enttäuscht werden, so ist es kein Wunder, wenn auch diese Arbeiter — wenn auch etwas spät — den Weg zur Organisation gefunden haben. Es gab in diesen paar Wochen 80 Kollektoren ihren Beitritt zur Organisation vollziehen, und andere haben versprochen, denselben zu beistehen, wenn etwas erreicht würde. Wenn auch die letzte Methode nicht ganz einwandfrei ist — denn wer ernten will, der muß zuerit säen! —, so kann man aber auch dies vermeiden. Waren doch in den Versammlungen Arbeiter vorhanden, die erklärten, daß zwanzig Jahre bei der Stadt beschäftigt zu sein, und bei all dieser Arbeit müßten sie mit ansehen, wie die Familie Hunger leide. Jeder hatten diese Kollegen nur zu recht. Dessen wir, daß alle städtischen Arbeiter in Offen aus dieser Bewegung den richtigen Schluß ziehen und sich der Organisation anschließen. Ein richtiger Ader ist noch zu bearbeiten. Diesen Ader fruchtbar zu machen, soll und wird unsere Aufgabe sein. — Unsere Eingabe wegen der Kriegsverletten und Hinterbliebenen wurde in der Städtischen Petitions Deputation behandelt. Sie ist mit unwesentlichen Veränderungen, und zum Teil weitergehend, angenommen worden. Wir merken darüber besonders berichten.

Samburg. Am 15. März waren unsere Mitglieder und die Arbeiterfrauen zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt. Die Tagesordnung betraf zunächst die Feuerungszulage. Es wurde folgende Resolution beschlossen: "Die Staatsarbeiterversammlung verweist hiermit auf die Notwendigkeit, daß die letztere von den Arbeiterausschüssen beantragte Regulierung der Feuerungszulage jetzt alsbald eintreten muß. Für die Arbeiter der niedrigsten Lohnstufe (Tagelohn 4 Mk.) müssen Lohn und Feuerungszulage zusammen mindestens den Betrag von 30 Mk. wöchentlich erreichen. Demgemäß muß die Feuerungszulage festgesetzt werden. Grundfähig muß jetzt aber auch die Feuerungszulage auf die Arbeiter am Lohne von 2000 bis 2500 Mk. ausgedehnt werden. Ferner muß auch den Arbeiterfrauen, denen der volle Lohn fortgezahlt wird, wenn aber dieser nur der niedrigsten Lohnklasse (4 Mk. bis 1,20 Mark Tagelohn und 30 Mk. Wochenlohn) entspricht, und wenn diese Frauen mehrere Kinder zu unterhalten haben, räumliche gleichfalls eine Feuerungszulage gegeben werden. Es ist zu berücksichtigen, daß die Teuerung nun schon reichlich anderhalb Jahre besteht, ein Teil der wertschöpfenden Lebensmittelfaktoren, welche vor allem Pflanzungsmittel, immer noch mehr im Preise steigen, und daß infolge dieser andauernden Belastung der Volkstand in den ohnehin nur mit geringen Mitteln eingerichteten Samburg städtisch unrettungbar wird. Der Staatsarbeiterverband kann nicht noch länger zusehen, daß es Staatsarbeitern mangelt, die nicht immer satt zu essen haben und sich nicht die nötige

zahl der vom litauischen Staat beschäftigten Arbeiter einen Stundenlohn von 30 Pf. Weiter kommt noch in Betracht, daß durch eine verkürzte Arbeitszeit im Winter ein großer Teil der Arbeiter eine Entbehrung an Stundenlohn hat. Im März v. J. stellten die Arbeiter einen Antrag auf Feuerzulage. Dieser Antrag wurde als begründet erachtet, und vom 1. April an erhielten die Arbeiter 12 Mk. Feuerzulage pro Monat. Die enorme Feuerung, die im April befristet, steigerte sich aber bis zum Herbst um ein gewaltiges. Hinzu kam bei den schon erwähnten Arbeitern die Minder- vor der verminderten Einnahme durch die kürzere Arbeitszeit. Schon in früheren Jahren haben die Staatsarbeiter zu wiederholten Malen Anträge gestellt, die Winterlöhne mit den Sommerlöhnen gleichzustellen. Diese Anträge sind stets vom Staat abgelehnt worden. Die Arbeiter stellten dann im Oktober 1915 wiederum Anträge auf Gleichstellung der Winterlöhne mit den Sommerlöhnen und für mehrere Kategorien Lohnaufbesserung. Auf diesen Antrag hin wurden ab November abermals 12 Mk. Feuerzulage monatlich bewilligt. Die letzte Zulage wurde aber nur für 5 Monate, und zwar für November bis inklusive März bewilligt. Infolge der kurzen Arbeitszeit hatte eine sehr große Zahl Arbeiter durch die letzte Feuerzulage für die fünf Monate eine Mehrerinnahme von 60 Mk., aber einen Lohnausfall von 80 Mk. Es ist ja nun kaum anzunehmen, daß der litauische Staat bei diesen in der letzten Monaten weiter gestiegenen Lebensmittelpreisen die bewilligte Feuerzulage wieder in Abzug bringen wird. Die Verhältnisse zwingen die Arbeiter aber, erneute Anträge zu stellen. Die Verammlung beschloß, dem auch einstimmig, einen Antrag auf erweiterte Feuerzulage zu stellen. Die Verammlungschleifen müssen beschließen, daß in Zukunft jeder verheiratete Arbeiter eine Feuerzulage von 30 Mk. und jeder unverheiratete Arbeiter eine solche von 20 Mk. monatlich erhält. Die Arbeiterausschüsse sind beauftragt, die Anträge zu stellen. Von den Hilfsarbeiterern wurde Mlage darüber geführt, daß ihnen nicht die Bekämpfung zuzuführen würde wie den übrigen Arbeitern. Die Hilfsarbeiter erhalten bei ihrer zehnstündigen Arbeitszeit einen Lohn von 250 Mk., während in anderen Branchen der Mindestlohn von 30 Pf. pro Stunde gilt. Auch erhalten diese Arbeiter eine Feuerzulage von nur 22 Mk. monatlich. Warum hier bei dieser doch für jeden Arbeiter gleich teuren Lebensweise noch eine Ausnahme gemacht wird, ist mit dem besten Willen nicht zu verstehen. Hoffentlich wird der litauische Staat die bestehenden Anträge der Arbeiter erfüllen. Durch die beantragte erweiterte Feuerzulage wird die Mehrzahl der Staatsarbeiter ein Einkommen von 5 Mk. pro Tag erhalten. Sicherlich beiseiten bei dieser großen Feuerung.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Deutsche Metallarbeiterverband, welcher vor Kriegsausbruch über eine halbe Million Mitglieder zählte, ist natürlich durch den Krieg sehr stark in Mitleidenhaft gezogen, trotzdem die Metallindustrie infolge ihrer Produktionsabnahme für Kriegszwecke fast ununterbrochen sein Arbeitsprogramm hochkonzentriert hat. Nach seiner letzten Erhebung zählte der Verband am Schluß des Jahres 1915 noch 211.197 Mitglieder gegen 217.767 zu Ende Dezember 1914 und 517.114 zu Beginn des Krieges. Die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder betrug im Jahre 1914: 192.614, im Laufe des Jahres 1915 wendeten weitere 112.506 Mitglieder einberufen, so daß nunmehr 90.119 Verbandsmitglieder unter den Waffen stehen. Bemerkenswert an diesen Zahlen ist, daß die Zahl der eingezogenen die des Militärvorkurses um 1112 übersteigt, so daß immerhin eine Entlastung des Verbandes — wenn auch in milderem Umfang — erkennbar ist. Von den am Schluß des Jahres 1915 vorhandenen 211.197 Mitgliedern waren 2451 oder 1 v. H. arbeitslos. Das in der gleiche Zeit, wie er schon seit über zwei Monaten festgestellt wird, ein Arbeitslosenunterstützung wurden seit Kriegsausbruch insgesamt 5.735.833 Mk. ausgezahlt. Davon entfielen allein 4.810.072 Mk. auf die ersten fünf Monate, während im ganzen Jahre 1915 nur 725.761 Mk. zur Auszahlung gelangten. Außerdem wurde aus dem Kriegsdienst des Verbandes weit über eine Million Mark für die Familien der kriegsdienstleistenden Mitglieder aufgewendet.

• Salinenarbeiter •

Eine Konferenz der bayerischen Anapppidatsältesten tagte am Sonntag, den 12. März, im Hotel „Goldenes Lamm“, die gut besucht war. Vertreter waren die im deutschen Bergarbeiterverband organisierten Anapppidatsältesten und die im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten Vertreter der Saline Hofheim. Die im deutschen Metallarbeiterverband organisierten Vertreter leiteten gegenwärtig die Verhandlung. Sie waren daher an ihrem Erscheinen verbindlich, weshalb sie der Vorsitzende des deutschen Metallarbeiterverbandes vertret. Als Gäste waren anwesend der Landtagsabg. Gen. Robert Herbrand, von unserem Verband Gauleiter Weigl-Augsburg und Weiß-München, und von

deutschen Metallarbeiterverband der Bayerischen Eisen- und Stahlwerke. Die Konferenz wurde vom Deutschen Bergarbeiterverband einberufen und geleitet. Die dringliche Verhandlung wurde von der Moniering verhandelt und geleitet. Es wurden dabei auch im großen aber nachher für Bergarbeiter nicht mit dem zu merken, sie konnten die hohen Mieten nicht tragen. Zur Beratung stand: „Stellungnahme zur Schaffung eines Reichs-Anapppidatsvereins bzw. eines Reichs-Anapppidatsgesetzes.“ Namrat Weismann, Leiter für des Deutschen Bergarbeiterverbandes, behandelte dieses Thema in eingehender Weise. Er wies auf die schwere Lage der Bergbau hin, und behandelte die bestehenden Verhältnisse über die Lage der Bergarbeiter selbst, die ganz in der letzten Zeit zum Teil der besten und gefählichen Arbeit eines Bergarbeiters seien. Medner schloß, wie schon in den vier Jahren vor unserer Verfassung der Forderung auf ein einheitliches Anapppidatsgesetz zu haben wurde, wie diese Forderung auf dem Wege der Gründung des Deutschen Reiches, insbesondere, aber leider im Berücksichtigung sind und wie seit dieser Zeit ungenutzte für die Schaffung eines Reichs-Anapppidatsgesetzes gewirkt wurde. Vorher hat man vor Ausbruch des Krieges in dieser Frage laubten Ehren gesprochen. Es kamen zwar Vorschläge, die aber niemals durch greifende Arbeit machten. Es bedurfte erst dieses jüdischen Krieges, um Veränderungen einzutreten zu lassen. Medner schloß, die einzelnen Vereine, die sich zum Teil in Landesknappidatsvereine zusammengeschlossen haben. Er sprach der Zeit des Krieges und der Leistungen dieser Vereine während des Krieges. Die vollen Erwartungen der Kriegesfolgen sind heute noch nicht zu übersehen. In Preußen werden die Mehrausgaben der Anapppidatsvereine, die durch den Krieg entstanden sind, auf über 20 Millionen Mark geschätzt. Diese Leistungen werden sich überall in allen Landesorganen unter den Anapppidatsvereinen bemerkbar machen. Die anderen Anapppidatsvereine können diese Erfolge mit etwas leichter durchmachen. Aber die kleineren sind zur Erfüllung ihrer Leistungen außerstande. Solch kleinere Vereine sind auch in Bayern vorhanden, die nur eine Mitgliederzahl von 7, 8, 15 Mitgliedern aufweisen. Wenn nun von diesen wenigen Mitgliedern 50 und mehr Prozent einberufen und 1 bis 5 auf dem Felde der Ehre verbleiben, so ist ein solcher Verein einfach außerstande, die Kosten hierfür aufzubringen. Medner verbreitete sich des längeren über die gegenwärtigen Verhältnisse in Bayern, wobei er an der Hand von Zahlenmaterial feststellen konnte, daß trotz der Einführung des Kriegsanapppidatsgesetzes noch immer nicht die gewünschten Verhältnisse im Anapppidatswesen geschaffen wurden. In Bayern selbst wurden von den 11189 Anapppidatsmitgliedern, welche die Statistik im Jahre 1914 ergab, am 1. Dezember 1915 als zum Kriegsdienst einberufen 6810 von den bayerischen Anapppidatsvereinen anzuweisen; davon sind 2501 kündigt, 1097 nicht als Mitglieder. Gefallen sind dieser 517 Mitglieder, arbeitslos ist durch Kriegesfolgen 31. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter bis heute nicht vom Militäre entlassen wurden. Am 1. Dezember 1915 haben die bayerischen Vereine an Waisen- und Waisenrenten für im Feld gefallene Mitglieder den Betrag von 34.991 Mk. bezahlt, wobei 18.745 Mk. an Waisen und 11.849 Mk. an Waisen gelangten. Es vor dem Kriege, nach dem Tode vom 31. Dezember 1914, zusammen für Waisen und Waisen angewiesenen Personen betragen 211.470 Mk. Der Anapppidatsbeitrag als 11 Proz. Das ist noch mit einer bedeutenden Erhöhung zu rechnen. Es werden die als vermählt bezeichneten hinzukommen, deren Tod nachträglich erst festgestellt wurde. Durch die lange Dauer des Krieges, durch die vielen Strapazen im Schützengraben werden so manche Mitglieder ihre Gesundheit einbüßen und den Waisen zur Last fallen. Es sollte daher schon ein großes Institut gebildet werden, welches die Leistungen an die Anapppidatsmitglieder sicherstellt. Medner meinte weiter, die Bildung eines Landesknappidatsvereins für ganz Bayern sei bezweifellos, doch zählt dieser auch nur rund 11.000 Mitglieder, und es ist sehr fraglich, ob in Wirklichkeit die bewährte Vorsehung erreicht wird. Bekannt ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, daß große Institute leistungsfähiger sind und für ihre Mitglieder jeansreicher wirken können, weshalb wir auch die Forderung nach einem Reichs-Anapppidatsgesetz einheben. Medner verbreitete sich dann noch über die Waisenmitglieder, die durch die festgelegten Wartzeiten im Jahre 5 Jahre oftmals großen Schaden erleiden. Daß man all dies zu tun, so mühte sich nur die Bergarbeiterhaft zu der Notwendigkeit und Schaffung eines Reichs-Anapppidatsvereins kommen, sondern auch die Landes- und Reichsbehörde die Heberzeugung gewinnen, daß die Schaffung eines solchen Vereins bzw. Gesetz nur mehr eine Frage der Zeit sein kann und recht bald einzuführen werden müßte. Wenn nun die Konferenz diese Forderung erhebt, so befindet sie sich in Übereinstimmung mit allen anderen Bergarbeitern Deutschlands, die diese Forderung bereits gestellt haben. Und wir befinden uns mit dieser Forderung in guter Gesellschaft, denn wir sie erheben, weil sie ja auch von dem Inspektor Allen und dem Direktor Jahn der Landesversicherungsanstalt in der Zeit zwar gleich und nur in der Form etwas anders gestellt wurde. Von mir großen Verfall aufgenommenen Ausführungen des Anwesenden schloß sich eine längere Diskussion an, zusammenfassend

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

„Die Beziehungen in eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Schottlands.“ Im Verlage der „Verhandlungen Sozialistischer Partei“ Nr. 65, ist nunmehr das Protokoll der Verhandlungen über Wirtschaftskontakte erschienen, die am 9. Januar d. J. im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz von Fritz Ober von Reichelshausen der politischen, sozialökonomischen und wissenschaftlichen Exponenten der Sozialdemokratischen Deutschlands, und Leiteren abgehalten wurde. Die Verhandlung stützte sich auf einen Bericht aus der Hebereraktion von der unter diesen Konferenzen für die Sozialdemokratie der mitteleuropäischen Staaten, auf dem Plane zu sein, wenn die Voraussetzungen dafür sind, ein engeres politisches und wirtschaftliches Verhältnis zwischen beiden Staaten herzustellen, denn es handelt sich darum zu verbinden, daß höhere Güter und wirtschaftliche Erfindungen geschaffen werden, die auf Kosten der Arbeiterklasse nichts anderes bedeuten würden als die Voraussetzungen zu bezeichnen. In zwei eindrucksvollen Referaten wurden von Carl Henner und Heinrich Guntow die geschichtliche Bedeutung und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der handelspolitischen Annäherung beleuchtet. Die Referate werden durch ihre großen Gesichtspunkte auf der Tagesordnung der weiteren Auseinandersetzungen über die seit Jahr und Tag in Konferenzen und in Druckschriften behandelten Fragen bleiben. Sie sind der Aufsatz zu den Verhandlungen und Entscheidungen, die hinsichtlich auf sozialdemokratischen Parteitagungen gefassten werden. In der Wirtschaftskontakte vom 9. Januar gaben sie zu einer Debatte Anlaß, an der von deutscher Seite Robert Schmidt, Ledebour, Hoß, Godek, Henk, C. Meyer, Wolfenbühl, Tisch, von österreichischer Seite Viktor Adler, Ellenbogen, Zeitl, Menner teilnahmen. Auch diese Debattereden sind nach dem stenogramm in der Protokollform zum Abdruck gebracht. Bei einem Umfang von 56 Druckseiten Protokollformat kostet die Zeitschrift 1 Mk. Zu beziehen ist sie durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Hefen zum Studium der französischen, italienischen und deutschen Sprache. — Diese Zeitschriften, deren erste sieben den 23. Jahrgang austritt, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Wert nebenanestellte genaue Übersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortlaut vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erleichtert werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größeren Erzählung mannigfaltigen Les- und Lehrstoff, Gespräche, lustige Briefe, Übersetzungsaufgaben, sowie eine besondere Rubrik für Briefe, Postkarten und Zeitungsausschnitte. Wer sich mit Sprachstudium befaßt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Hefen auf das Warme empfohlen. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux de Fonds (Schweiz).

Verlag: In Bereinigung des Verlags der „Verhandlungen Sozialistischer Partei“ Nr. 65, ist nunmehr das Protokoll der Verhandlungen über Wirtschaftskontakte erschienen, die am 9. Januar d. J. im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz von Fritz Ober von Reichelshausen der politischen, sozialökonomischen und wissenschaftlichen Exponenten der Sozialdemokratischen Deutschlands, und Leiteren abgehalten wurde. Die Verhandlung stützte sich auf einen Bericht aus der Hebereraktion von der unter diesen Konferenzen für die Sozialdemokratie der mitteleuropäischen Staaten, auf dem Plane zu sein, wenn die Voraussetzungen dafür sind, ein engeres politisches und wirtschaftliches Verhältnis zwischen beiden Staaten herzustellen, denn es handelt sich darum zu verbinden, daß höhere Güter und wirtschaftliche Erfindungen geschaffen werden, die auf Kosten der Arbeiterklasse nichts anderes bedeuten würden als die Voraussetzungen zu bezeichnen. In zwei eindrucksvollen Referaten wurden von Carl Henner und Heinrich Guntow die geschichtliche Bedeutung und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der handelspolitischen Annäherung beleuchtet. Die Referate werden durch ihre großen Gesichtspunkte auf der Tagesordnung der weiteren Auseinandersetzungen über die seit Jahr und Tag in Konferenzen und in Druckschriften behandelten Fragen bleiben. Sie sind der Aufsatz zu den Verhandlungen und Entscheidungen, die hinsichtlich auf sozialdemokratischen Parteitagungen gefassten werden. In der Wirtschaftskontakte vom 9. Januar gaben sie zu einer Debatte Anlaß, an der von deutscher Seite Robert Schmidt, Ledebour, Hoß, Godek, Henk, C. Meyer, Wolfenbühl, Tisch, von österreichischer Seite Viktor Adler, Ellenbogen, Zeitl, Menner teilnahmen. Auch diese Debattereden sind nach dem stenogramm in der Protokollform zum Abdruck gebracht. Bei einem Umfang von 56 Druckseiten Protokollformat kostet die Zeitschrift 1 Mk. Zu beziehen ist sie durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|--|
| Kaver Graf, München
Zementarbeiter
† 13. 3. 1916, 69 Jahre alt. | Karl Müller, Langensalza
Gasarbeiter
† 10. 3. 1916, 69 Jahre alt. |
| Johann Hertel, Mannheim
Merkantiler Geschäftsmann
† im Alter von 88 Jahren. | Ernst Osw. Unger, Dresden
Arbeiter (Schiffbauwerk)
† 12. 3. 1916, 49 Jahre alt. |
| H. A. Haase, Chemnitz
Invalide
† 10. 3. 1916, 62 Jahre alt. | Franz Scherer, Straßburg i. F.
Invalide
† 11. 3. 1916, 37 Jahre alt. |
| Fritz Köpke, Berlin
Parlarbeiter
† 13. 3. 1916, 66 Jahre alt. | Otto Schulz, Magdeburg
Gasarbeiter
† 14. 3. 1916, 54 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|--|--|
| Franz Bing, Mannheim
am 31. Jan. 1916 im Alter von 29 Jahren gefallen. | Georg König, Brake i. Old.
am 25. Septbr. 1915 im Alter von 23 Jahren gefallen. |
| Karl Hagner, Mannheim
Theaterarbeiter, im Alter von 30 Jahren gefallen. | David Mayer, Mannheim
Gasarbeiter, im Alter von 46 Jahren gefallen. |
| Friedrich Krauk, Mannheim
am 25. Dezember 1915 im Alter von 33 Jahren gefallen. | Heinrich Schäfer, Sieken
am 11. August 1915 im Alter v. 33 Jahren im Lazarett gestorben. |
| Arthur Krause, Berlin
Stempeler, am 17. Februar 1916 im Alter v. 34 Jahren gefallen. | Johann Spanner, Nürnberg
am 18. Septbr. 1914 im Alter v. 39 Jahren in frey Geis gestorben. |
| Gustav Koop, Kolkow
am 1. März 1916 im Alter von 37 Jahren bei Verdun gefallen. | Berth. Wittich, Frankf. a. M.
am 7. März 1916 im Alter von 41 Jahren im Westen gefallen. |

Paul Woelm, Berlin
Gasarbeiter, im Alter von 22 Jahren gefallen.
Ehre ihrem Andenken!